

Anfrage Marti Urs und Mit. über die bei der Volksabstimmung zum Neubau des Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz versprochenen Einsparungen

eröffnet am 1. Dezember 2025

Die Realisierung des neuen Verwaltungsgebäudes geht in grossen Schritten voran. In der zur Umsetzung des Neubaus vom Kantonsrat am 21. Juni 2021 überwiesenen Botschaft B 69 über die Realisierung eines Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz wird versprochen, dass der Synergieeffekt der Zusammenlegung der Verwaltung bei insgesamt rund 9 Millionen Franken liege. Als Anteil davon wurde aufgeführt, es können 17,5 Vollzeitstellen mit einer damals bezifferten Summe von 2'530'000 Franken eingespart werden. Der Bericht weist die Einsparungen wie folgt aus: 6 Stellen für den Empfang, 1,5 Stellen Bewirtschaftung Immobilien und 10 Stellen bei der Einsparung der Reisezeit.

Auch in den Unterlagen zur Volksabstimmung vom 28. November 2021 wurden die Synergieeffekte mit obiger Gesamtsumme ausgewiesen.

Im AFP 2026–2029 ist nun bei den Dienstleitung Immobilien zu lesen: «... sind bei der Dienststelle Immobilien zusätzliche Personalressourcen erforderlich. Dies beinhaltet auch die Ansiedlung des Empfangs bei der Dienststelle Immobilien mit insgesamt 7,0 Vollzeitäquivalenten (FTE). Zeitverzögert wird der Bewirtschaftungsaufwand der verbleibenden Immobilienstandorte abnehmen.»

Der Personalaufwand steigt denn prognostiziert auch vom Jahr 2026 auf das Jahr 2027 um rund 1,3 Millionen Franken.

Diese Formulierung ist in unseren Augen das Gegenteil davon, was versprochen wurde, und löst deshalb bei uns folgende Fragen aus, welche wir den Regierungsrat bitten, zu beantworten:

1. Wie sieht die Übersicht der nun nicht mehr benötigten Empfangsstellen der rund 30 ins KSVE zügelnden Dienststellen aus? Wir bitten um eine Auflistung pro Dienststelle.
2. Wir verstehen nicht, weshalb zuerst 7 Stellen zusätzlich geschaffen werden sollen, welche später wieder abgebaut werden müssten. Können Sie das näher erläutern?
3. Wie gedenkt der Regierungsrat, die Zuteilung auf die Dienststellen und deren Globalbudgets umzuwälzen, wenn zentral 7 Vollzeitstellen (für alle Dienststellen) eingestellt werden?
4. Wo und innerhalb welcher Departemente und Stabsstellen erfolgt die Einsparung der 17,5 Stellen, welche in der Botschaft aufgeführt waren?
5. Entfällt die damals geplante Untervermietung wegen des doch erheblichen Stellenwachstums oder wegen zusätzlich verlegter Abteilungen, die in den Neubau einziehen?
6. Wie hoch beziffern sich die Mindereinahmen durch die wegfallende Untervermietung?
7. Wie hoch sind die veränderten Kostenfolgen aus personeller Sicht aufgrund dieser neuen Nutzung? Ergeben sich dadurch auch Einsparungen?

Marti Urs

Nussbaum Adrian, Piazza Daniel, Roos Guido, Bärtschi Andreas, Theiler Jacqueline, Dubach Georg, Meier Thomas, Hunkeler Damian, Hauser Michael, Forster Eva, Wicki-Huonder Claudia, Bucher Philipp, Räber Franz, Koller-Felder Nadine, Gut-Rogger Ramona, Boos-Braun Sibylle, Birrer Martin, Hodel Thomas Alois, Beck Ronny, Ursprung Jasmin, Küng Roland, Waldis Martin, Lingg Marcel, Schnydrig Monika, Gerber Fritz, Wandeler Andy, Boog Luca, Piani Carlo, Schnider-Schnider Gabriela, Kurmann Michael, Küttel Beatrix, Keller-Bucher Agnes, Zehnder Ferdinand, Affentranger David, Jung Gerda, Meister Christian, Frey-Ruckli Melissa, Albrecht Michèle, Jost-Schmidiger Manuela, Oehen Thomas, Broch Roland, Bucher Markus, Dober Karin, Schnider Hella, Gruber Eliane, Bucheli Hanspeter, Affentranger-Aregger Helen, Stadelmann Karin Andrea, Brunner-Zürcher Rosmarie, Krummenacher-Feer Marlis, Schärli Stephan, Rölli Franziska, Käch Tobias, Rüttimann Daniel, Brücker Urs, Erni Roger, Arnold Sarah, Amrein Ruedi, Scherer Heidi, Tanner Beat